Merkblatt der DRV Nord für die Auszubildenden zu Sozialversicherungsfachangestellten - Familienheimfahrten -

Rechtliche Grundlage

Im Rahmen von Familienheimfahrten richtet sich der Fahrtkostenzuschuss ausschließlich nach § 10a TVA-TgDRV - Besonderer Teil BBiG.

§ 10a TVA - TgDRV - Besonderer Teil BBiG lautet:

¹Für Familienheimfahrten vom jeweiligen Ort der Ausbildungsstätte oder vom Ort der auswärtigen Berufsschule, deren Besuch vom Auszubildenden veranlasst wurde¹, zum Wohnort der Eltern, der Erziehungsberechtigten oder der Ehegattin/des Ehegatten oder der Lebenspartnerin/des Lebenspartners werden den Auszubildenden monatlich einmal die im Bundesgebiet entstandenen notwendigen Fahrtkosten (einschließlich Rückfahrt) bis zur Höhe der Kosten der Fahrkarte der jeweils niedrigsten Klasse des billigsten regelmäßig verkehrenden Beförderungsmittels (im Bahnverkehr ohne Zuschläge) erstattet; Möglichkeiten zur Erlangung von Fahrpreisermäßigungen (z.B. Schülerfahrkarten, Monatsfahrkarten, BahnCard) sind auszunutzen. ²Beträgt die Entfernung mehr als 300 km, können im Bahnverkehr Zuschläge bzw. besondere Fahrpreise (z. B. für ICE) erstattet werden. ³Die Sätze 1 und 2 gelten nicht, wenn aufgrund geringer Entfernung eine tägliche Rückkehr möglich und zumutbar ist oder der Aufenthalt am jeweiligen Ort der Ausbildungsstätte oder der auswärtigen Berufsschule weniger als vier Wochen beträgt.

Welcher Zuschuss wird bei einer Familienheimfahrt gewährt?

Ist die tägliche Rückkehr an den Wohnort der Eltern, der Erziehungsberechtigten, der Ehe- bzw. Lebenspartner*innen nicht möglich und unzumutbar, werden monatlich einmal die im Inland tatsächlich entstandenen notwendigen Fahrtkosten der Hin- und Rückfahrt bis zur Höhe der Kosten der Fahrkarte der jeweils niedrigsten Klasse des billigsten regelmäßig verkehrenden Beförderungsmittels bezuschusst. Bei einer Entfernung von mehr als 300 km werden auch Zuschläge bzw. besondere Fahrpreise berücksichtigt. Fahrpreisermäßigungen (z. B. Schülerfahrkarten, Wochen- oder Monatskarten, BahnCards) sind in Anspruch zu nehmen. Der Kostenzuschuss erfolgt maximal für die Entfernung vom Ort der Ausbildungsstätte (Standort Hamburg, Lübeck, Neubrandenburg) bis zum Wohnort der genannten Personen. Ist die Entfernung vom eigenen Wohnort an der Ausbildungsstätte bis zum Wohnort der genannten Personen kürzer, ist diese kürzere Strecke Grundlage des Zuschusses, es sei denn die Familienheimfahrt wird tatsächlich an der Ausbildungsstätte angetreten. Die genutzten Fahrkarten sind vorzulegen.

Der Zuschuss wird nur gewährt, wenn die tägliche Rückkehr an den Wohnort der genannten Personen nicht zumutbar ist und aufgrund dessen am Ort der Ausbildungsstätte eine Wohngelegenheit in Anspruch genommen werden muss. Die tägliche Rückkehr ist in der Regel nicht zuzumuten, wenn beim Benutzen regelmäßig verkehrender Beförderungsmittel die Abwesenheit von der Wohnung der oben genannten Personen mehr als 12 Stunden oder die benötigte Zeit für das Zurücklegen der Strecke zwischen dieser Wohnung und dem Ort der Ausbildungsstätte und zurück mehr als 3 Stunden beträgt. Der Nachweis bezüglich der täglichen Dauer der Abwesenheit bzw. der täglichen Pendelzeit ist von Ihnen als Antragsteller*in zu erbringen.

Darüber hinaus wird der Zuschuss zu einer Familienheimfahrt nur gewährt, wenn die Familienheimfahrt tatsächlich erfolgt ist und wenn der Aufenthalt am Ort der Ausbildungsstätte länger als vier Wochen andauert.

Ein Eigenanteil ist bei Familienheimfahrten nicht zu leisten.

Auch bei der Nutzung des privaten PKW für die Familienheimfahrt wird der Zuschuss maximal in Höhe der notwendigen Fahrtkosten, die bei der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel entstanden wären, gewährt.

Hinweis:

Während der Dauer des Blockunterrichts an der Berufsschule besteht kein Anspruch auf Familienheimfahrten nach § 10a TVA - TgDRV - Besonderer Teil BBiG, da die Voraussetzung der Arbeitgeberveranlassung¹ nicht gegeben ist, sondern die reguläre Berufsschule der Ausbildungsstätte besucht wird.

¹ „deren Besuch vom Auszubildenden veranlasst wurde“ (= Arbeitgeberveranlassung) bedeutet, dass die Auszubildenden nicht die Berufsschule besuchen, die für den Standort zuständig ist, sondern auf Veranlassung der DRV Nord eine andere Berufsschule von den Auszubildenden zu besuchen ist. Zum Beispiel: Alle Auszubildenden des Standortes Neubrandenburg werden an der Berufsschule des Standortes Lübeck in Wahlstedt angemeldet, so dass sie dort die Berufsschule besuchen müssten.

Antragsverfahren

Die Zahlung eines Fahrtkostenzuschusses zu den Familienheimfahrten erfolgt ausschließlich auf Antrag, den Sie unter Nutzung des zur Verfügung stehenden Vordrucks im Team Personalservice - Bereich Reisekosten innerhalb einer Ausschlussfrist von sechs Monaten schriftlich stellen müssen. Die Frist beginnt mit dem Tag nach der Entstehung des Anspruchs.

Schlussbemerkung

Bitte haben Sie Verständnis, dass dieses Merkblatt nur einen Überblick über das geltende Recht geben kann. Nicht jeder Einzelfall lässt sich detailliert darstellen. Ein Rechtsanspruch kann nur aus den jeweils geltenden Rechtsgrundlagen, keinesfalls aber aus diesem Merkblatt, abgeleitet werden.

Wenden Sie sich mit Ihren Fragen gerne an die Mitarbeiterin des Reisekostenbereiches,

Frau Petra Illing – 040/5300-11253

Durch rechtzeitiges Nachfragen lassen sich Missverständnisse und unnötiger Ärger vermeiden.